

erschieden in der FfF-Kommunikation,
herausgegeben von FfF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

Stefan Hügel

Ereignis-Log 3/2011

Events, Incidents und Problems der digitalen Gesellschaft

Immer wieder gibt es Ereignisse, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung kann nicht vollständig sein; mit einigen besonders bedeutsamen Ereignissen wollen wir aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen.

Mai 2011

14. Mai 2011: Im US-Senat haben Senatoren beider Parteien eine neue Fassung des Gesetzes *PROTECT IP (Preventing Real Online Threats to Economic Creativity and Theft of Intellectual Property)* eingebracht, das die rechtliche Grundlage liefern soll für Internet-Sperren, Beschlagnahme von Domains, Sperrungen von Konten und Zensur bei Web-Dienstleistern und Suchmaschinen. Es sei ein „wichtiger erster Schritt, um der Online-Piraterie und dem Verkauf gefälschter Produkte ein Ende zu bereiten“ (Quelle: Heise).

15. Mai 2011: Das US-Repräsentantenhaus soll an einem Gesetzentwurf zur verdachtsunabhängigen Speicherung von Telefon- und Internetdaten arbeiten. Die Daten sollen 18 Monate auf Vorrat gespeichert werden. Das Gesetz richtet sich vor allem gegen die Darstellung von Kindesmissbrauch im Internet. Daten von Handy-Nutzern und IP-Adressen von WLAN-Servern sollen nicht gespeichert werden. Bisher gibt es in den USA das *Quick-Freeze-Verfahren*, bei dem Verbindungs- und Standortinformationen bei konkretem Verdacht für 90 Tage festgehalten werden; eine Vorratsdatenspeicherung wie in der EU gibt es nicht (Quelle: Heise, CNet).

16. Mai 2011: Beim französischen Unternehmen *Trident Media Guard (TMG)* wird ein Datenleck festgestellt, das unter anderem den Zugriff auf Tausende IP-Adressen zulässt. TMG arbeitet eng mit der Behörde *HADOPI (Haute Autorité pour la diffusion des oeuvres et la protection des droits sur l'Internet)* zusammen und überwacht dabei *P2P*-Netzwerke, um verdächtige IP-Adressen im Zusammenhang mit Urheberrechtsverletzungen zu ermitteln (Quelle: netzpolitik.org).

17. Mai 2011: EU und OSZE kritisieren Einschränkungen der Internetnutzung in der Türkei. Sie warnen die türkische Regierung vor einem neuen System der Filterung, durch das die Informationsfreiheit gefährdet werden könnte. Obligatorische Filterpakete würden Inhalte filtern, ohne dass die Kriterien dafür klar seien. In einer anderen Anordnung werden *anstößige* Begriffe für die Verwendung in türkischen Internet-Adressen (mit der Top Level Domain „.tr“) verboten. Das Umgehen der Filter soll unter Strafe gestellt werden. In der Türkei gab es dagegen in über 40 Städten Proteste (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

18. Mai 2011: In einem Vortrag auf einer Sicherheitstagung hat BKA-Chef Ziercke erneut die Einführung der verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung für sechs Monate gefordert. In 87 % der Fälle des Jahres 2010 hätte das BKA keine Auskunft zu der Person hinter einer IP-Adresse erhalten. Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung hat eine kritische Betrachtung dieser Zahlen veröffentlicht (Quelle: Heise, AK Vorratsdatenspeicherung).

18. Mai 2011: In Frankreich soll die Internet-Sicherheit durch höhere Strafandrohung verbessert werden, die auch eine Sperrung des Internet-Zugangs einschließt. Angriffe wie DDoS-Attacken, die auch heute schon unter Strafe stehen, sollen künftig härter sanktioniert werden. Die Strafandrohung richtet sich gegen Angriffe, auf „Informationssysteme einer öffentlichen Einrichtung oder auf eine Privatperson mit einer öffentlichen Aufgabe.“ Die Maßnahmen orientieren sich am *HADOPI*-Gesetz, das eine *abgestufte Erwiderung* mit Internet-Sperren vorsieht (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

20. Mai 2011: In den Verhandlungen zum Fluggastdatenabkommen erheben Vertreter von US-Behörden Forderungen nach langfristiger Speicherung der Fluggastdaten. Es gehe nicht um Wochen oder Monate, sondern es gehe um Dekaden, so der Verhandlungsführer der Innenkommissarin der Europäischen Union. (Quelle: Heise).

20. Mai 2011: Bei einem Hoster in Offenbach werden mehrere Server der Piratenpartei beschlagnahmt. Seither seien einige Web-Sites und Online-Dienste der Partei nicht mehr erreichbar. Die Beschlagnahme basiert auf einem Rechtshilfeersuchen der französischen Behörden. Hintergrund ist offenbar, dass das Piraten-Pad durch die Hackergruppe *Anonymous* genutzt wurde, um DDoS-Angriffe abzustimmen. Die *Etherpad Foundation* zeigt sich aus rechtsstaatlicher Sicht besorgt über die Beschlagnahme. Die Piratenpartei kündigte eine Überprüfung an, ob angesichts der Landtagswahl in Bremen das Grundrecht auf politische Willensbildung verletzt worden sei. Es sei vollkommen unverhältnismäßig, wegen eines Forumsbeitrags die gesamte Kommunikationsinfrastruktur der Partei lahmzulegen, heißt es in einer Beschwerde beim Amtsgericht Darmstadt. Die Server

wurden am Folgetag zurückgegeben (Quelle: netzpolitik.org, Piratenpartei, Heise).

21. Mai 2011: Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung stellt fest, dass in der Polizeilichen Kriminalstatistik nichts für die Wiedereinführung der verdachtsunabhängigen Protokollierung spreche. Die Zahlen strafen „die ständige Leier maßloser Innenpolitiker und Polizeifunktionäre Lügen“, dass Ermittlungen ohne die Vorratsdatenspeicherung kaum noch möglich seien. 71 % der Internet-Delikte seien nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) aufgeklärt worden (Quelle: AK Vorratsdatenspeicherung, Heise).

23. Mai 2011: Menschenrechtler der *Human Rights Law Foundation (HRLF)* werfen dem Unternehmen *Cisco* vor, der chinesischen Regierung bei der Verfolgung missliebiger Personen geholfen zu haben. Von der HRLF vertretene Mitglieder von *Falun Gong* seien dauerhaft festgehalten, gefoltert oder getötet worden, oder seien vermisst. *Cisco* habe beim Aufbau des *Golden Shield*, auch bekannt als *Great Firewall*, mitgewirkt, durch die das Internet zensiert und Dissidenten ausfindig gemacht werden können (Quelle: Heise).

23. Mai 2011: *Facebook*-Gründer Mark Zuckerberg will *Facebook* auch für Kinder zugänglich machen, die jünger als 13 Jahre sind. Bisher verbietet der *Children's Online Privacy Protection Act (COPPA)* Unternehmen, persönliche Daten von Kindern zu speichern (Quelle: Heise).

23. Mai 2011: In den USA hat das *Department of Homeland Security* acht Domains stillgelegt. Begründet wurde die Stilllegung damit, dass die Seiten „Bezug zur Piraterie“ hätten (Quelle: Wired, netzpolitik.org).

27. Mai 2011: US-Senat und US-Repräsentantenhaus haben der Verlängerung des *Patriot Act* um weitere vier Jahre zugestimmt. Damit bleiben die nach den Anschlägen des 11. September 2001 beschlossenen Befugnisse zur Terrorismusbekämpfung bis 2015 in Kraft (Quelle: Heise).

Juni 2011

3. Juni 2011: Frank La Rue, Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen zum Schutz der Meinungsfreiheit, spricht sich gegen *Three Strikes* zum Schutz vor Urheberrechtsverletzungen, unverhältnismäßige Netzüberwachung und für Anonymität aus. Der freie Informationsfluss solle so wenig wie möglich beschränkt werden. La Rue zeigte sich besorgt über die zunehmend ausgefeilten Filterverfahren zur Zensur. Solche Verfahren dürften ausschließlich aufgrund gesetzlicher Anordnung angewandt werden. Die Sperrung von Internet-Verbindungen sei in jedem Fall unverhältnismäßig (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

8. Juni 2011: Das EU-Parlament fordert in einem Zwischenbericht zum 7. Rahmenforschungsprogramm der Europäischen Union strenge Auflagen für Überwachungsprojekt *INDECT (Intelligent Information System Supporting Observation, Searching and Detection for Security of Citizens in Urban Environment)*. Die EU-Kommission wird aufgefordert, alle Unterlagen des Projekts herauszugeben. Es solle ein „klares und strenges

Mandat für das Forschungsziel, die Anwendung und die Endanwender“ festgelegt werden. INDECT ist ein Projekt zum Aufbau eines Informationssystems zur Unterstützung der Suche, der Entdeckung und der Überwachung von Bürgern in städtischen Umgebungen (Quelle: Heise).

8. Juni 2011: Der iranische Blogger Hossein Derakshan ist zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Unter anderem wird er aufgrund eines Besuchs in Israel 2008 der Spionage beschuldigt. Nachdem wegen Spionage zunächst die Todesstrafe gefordert worden war, wurde Derakshan zu neunzehneinhalb Jahren Haft verurteilt. Die Schriftstellervereinigung PEN bezeichnete das Urteil als *ungeheuerlich* (Quelle: Heise).

8. Juni 2011: Nach Schätzungen ist ein Viertel aller Hacker in den USA als Informanten für das FBI tätig. Auch die Gruppe *Anonymous* sei bereits vom FBI unterwandert. Bekanntes Beispiel ist Adrian Lamo, der Bradley Manning ins Gefängnis brachte. Manning wird verdächtigt, *Wikileaks* Material zugespielt zu haben (Quelle: Guardian, Heise).

8. Juni 2011: Wie erst jetzt bekannt wird, haben sich Unbekannte bereits am 10. Mai durch einfache Manipulation der URL Zugriff auf die Daten hunderttausender Kunden bei der *Citibank* verschafft. Sie hatten dadurch Zugriff auf Namen, Kontonummern und Mailadressen von ca. 1-2 % der 21 Mio. Kreditkartenkunden in Nordamerika (Quelle: Heise).

7. Juni 2011: Das soziale Netzwerk Facebook aktiviert die automatische Gesichtserkennung. Die Artikel-29-Gruppe der europäischen Datenschutzbeauftragten zeigt sich darüber besorgt und will die Funktion auf eine mögliche Verletzung der Privatsphäre überprüfen. Durch die Funktion werden Nutzer beim Upload der Bilder auf möglicherweise abgebildete Personen aus dem Freundeskreis hingewiesen und aufgefordert, die Personen zu kennzeichnen. Um die Funktion für eigene Bilder zu verhindern, muss man sie in den Privatsphäre-Einstellungen ausschalten (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

10. Juni 2011: Bei der Ermittlung geblitzter Verkehrssünder greift die Polizei in Hamburg und Nordrhein-Westfalen immer häufiger auf soziale Netzwerke zurück. Fotos werden mit den Persönlichkeitsprofilen im Internet abgeglichen, anstatt wie die Beschuldigten wie bisher vorzuladen oder ihnen einen Besuch abzustatten. Da die Daten frei zugänglich sind, greift der Datenschutz in solchen Fällen nicht (Quelle: netzpolitik.org, Hamburger Morgenpost, Heise).

15. Juni 2011: Das *Schengener Informationssystem (SIS)* ist 2010 um 12,9 % auf 35 Mio. Einträge angewachsen, das geht aus einer Mitteilung der EU-Ratspräsidentschaft hervor. Ursache sei, dass der Personenkreis, der heimlich überwacht oder einer gesonderten Überprüfung unterzogen werde, um 11 % gewachsen ist (Quelle: Statewatch, Heise).

16. Juni 2011: Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat in Bonn das nationale Cyber-Abwehrzentrum eröffnet. Das Zentrum steht unter Federführung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI); weitere Beteiligte sind das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt, das Zoll-

kriminalamt, die Bundespolizei, der Bundesnachrichtendienst und die Bundeswehr. Friedrich bezeichnete Prävention, Information und Frühwarnung als die zentralen Aufgaben. Es werde geprüft, ob das Zentrum weitere Befugnisse bekommen solle (Quelle: Heise).

19. Juni 2011: Die Dresdner Polizei wertet bei Protesten gegen Aufmärsche von Neo-Nazis Tausende Handydaten aus, wie zunächst bekannt wird. Hintergrund ist nach Angaben der Behörden ein Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs. Später informierte die *taz*, dass Verbindungsdaten auch gegen Personen verwendet worden seien, denen die Störung der Demonstration der Nazis vorgeworfen wird. Die erfolgte Zweckentfremdung der Daten sei juristisch nicht haltbar; der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar forderte, die Funkzellen-Auswertung stärker als bisher einzugrenzen (Quelle: taz, netzpolitik.org, Heise).

20. Juni 2011: Nach Ansicht von *Netzpolitik.org* gibt es in Baden-Württemberg Hinweise, die grün-rote Landesregierung wolle sich für die Wiedereinführung der vom Bundesverfassungsgericht verworfenen Vorratsdatenspeicherung einsetzen. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Bei der Vorratsdatenspeicherung setzen wir uns dafür ein, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts präzise einzuhalten.“ Die Verlautbarungen der Koalitionspartner dazu sind widersprüchlich (Quelle: netzpolitik.org).

22. Juni 2011: Die EU leitet ein Vertragsverletzungs-Verfahren gegen Deutschland wegen der nicht erfolgten Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung ein. Als erste Stufe wurde eine Stellungnahme des Bundesjustizministeriums angefordert (Quelle: Neue Osnabrücker Zeitung, Heise).

22. Juni 2011: Berichten des *mdr* zufolge wurden in Dresden seit 2009 in großem Umfang Kundendaten der Baumarkt-Kette *OBI* und Mobilfunkdaten in der Dresdner Neustadt gespeichert und ausgewertet. Von *OBI* wurde 162 000 Einkaufsjournale ausgewertet, nachdem offenbar dort gekaufte Artikel in Brandsätzen verwendet worden waren (Quelle: mdr, netzpolitik.org).

26. Juni 2011: In Bayern soll der sogenannte Bayern-Trojaner in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt fünf Mal genutzt worden sein, um Rechner von Verdächtigen auszuspähen. Es sollten dabei Straftaten wie banden- und gewerbsmäßiger Betrug oder Handel mit Betäubungs- oder Arzneimittel aufgeklärt werden (Quelle: Heise).

26. Juni 2011: Einem Bericht der *taz* zufolge weitet sich der Datenskandal bei der Anti-Nazi-Demonstration in Dresden immer weiter aus. Inzwischen ist von über 1 Mio. Mobilfunk-Verbindungsdaten die Rede, die bei der Funkzellen-Auswertung erfasst worden seien. Als Grund gibt Justizminister Jürgen Martens (FDP) die Bildung einer kriminellen Vereinigung an; Details werden keine genannt. Der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) hält die Auswertung für *verhältnismäßig*. Der Skandal weitet sich im Folgenden weiter aus. Der Dresdner Polizeipräsident wird abberufen, dann aber zum Leiter der sächsischen Landespolizeidirektion befördert. Es stellt sich heraus, dass offenbar auch Gespräche abgehört wurden. Die Demonstrationsteilnehmer bereiten eine Klage vor (Quelle: Polizei Sachsen – www.polizei.sachsen.de, netzpolitik.org, taz, Heise).

26. Juni 2011: Die unbekanntenen Datendiebe, die sich Zugang zu Kundendaten der *Citibank* verschafft hatten, haben mittlerweile rund 2,7 Mio. US-Dollar von den Konten der Citibank-Kunden erbeutet. Dies war offenbar möglich, obwohl die Täter angeblich keinen Zugriff auf Sicherheitscodes, Sozialversicherungsnummern und Geburtsdaten gehabt hätten (Quelle: Heise).

29. Juni 2011: Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger geben bekannt, dass die Anti-Terror-Gesetze, die nach dem 11. September 2001 erlassen worden waren, um weitere vier Jahre verlängert werden sollen. Unter anderem erlauben es die Gesetze Geheimdiensten, Auskünfte von Banken, Fluggesellschaften, Postdienstleistern und Telekommunikationsfirmen zur Terrorbekämpfung einzuholen (Quelle: Heise).

Juli 2011

11. Juli 2011: US-Bürgerrechtler befürchten, dass das Datenerfassungs-Projekt *NGI (Next Generation Identification)* massive Folgen für die Privatsphäre der Bürger haben wird. Im Rahmen des Projekts sollen neue Systeme für Finger- und Handballenabdrücke, Iris-Scans und Gesichtererkennung entwickelt und eine große Datenbank aufgebaut werden. Diese Datenbank soll zur Erkennung von Kriminellen und potenziellen Terroristen im Rahmen der Strafverfolgung und Immigrations-Überwachung dienen, und zusätzlich laut Planung auch eine Schnittstelle für Firmen bereitstellen, um Mitarbeiter überprüfen zu können. Teil des Projekts ist *S-Comm (Secure Communities deportation program)*. Entgegen bisherigen Plänen befürchten Bürgerrechtsvereinigungen, dass *S-Comm* eine erste Komponente zur Erfassung biometrischer Daten von US-Bürgern wird. Es gibt auch Anzeichen, dass die bisher freiwillige Teilnahme an *S-Comm* obligatorisch werden soll (Quelle: Heise).

15. Juli 2011: Das Verwaltungsgericht Hannover hat entschieden, dass die dauerhafte Videoüberwachung in der Innenstadt von Hannover rechtswidrig ist. Nach Ansicht des Gerichts verstößt die Überwachung mit über 70 fest installierten aufzeichnungsfähigen Kameras gegen Vorgaben des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Danach ist eine Videoüberwachung nur als offene Beobachtung zulässig. (Quelle: Heise).

18. Juli 2011: Der umstrittene Elektronische Gehaltsnachweis ELENA soll nach Willen der Bundesregierung endgültig gestoppt werden. Bundeswirtschafts- und -arbeitsministerium haben sich nach einer gemeinsamen Mitteilung auf die schnellstmögliche Einstellung des Verfahrens verständigt. Als Grund geben sie die zu geringe Verbreitung der qualifizierten elektronischen Signatur an, die für ELENA datenschutzrechtlich erforderlich ist. ELENA stand in der Kritik, weil dadurch eine umfangreiche Datenbank mit Gehalts- und anderen Daten der Beschäftigten aufgebaut werden sollte (Quelle: Zeit, Spiegel, netzpolitik.org, Heise).

20. Juli 2011: Das Landgericht München hat entschieden, dass eine Durchsuchung im Frankfurter Bundesbüro des globalisierungskritischen Netzwerks *Attac* rechtswidrig war. *Attac* hatte ein Gutachten zu Geschäften der Bayerischen Landesbank auf seiner Internet-Seite veröffentlicht. Der Durchsuchungsbe-

schluss war nach Ansicht des Landgerichts nicht verhältnismäßig; zudem hatte der bayerische Landtag zuvor selbst wesentliche Teile des Gutachtens veröffentlicht (Quelle: *Attac*, Heise).

25. Juli 2011: Die Anschläge in Oslo und auf der Insel Utøya, die insgesamt 93 Todesopfer gefordert haben, werden von deutschen Innenpolitikern dazu genutzt, die Vorratsdatenspeicherung und weitere Überwachungsmaßnahmen wieder ins Gespräch zu bringen. Hans-Peter Uhl (CDU) forderte die Überwachung von Internetverkehr und Telefongesprächen. Er begründete das damit, dass die Tat „im Internet geboren“ sei. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut, forderte, neben der Anti-Terror-Datei für *Gefährder* auch eine Datei für auffällig gewordene Personen einzurichten (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

30. Juli 2011: Die Schweizerische Justizministerin Simonetta Sommaruga fordert die erhebliche Ausweitung der Überwachung des Internet. Die Polizei soll die Möglichkeit erhalten, neben dem Abhören von Telefongesprächen und der Überwachung von E-Mails auch weitere Aktivitäten wie Chats, das Abrufen von Videos und Recherchen mit Suchmaschinen in Echtzeit zu überwachen. Die Bürgerrechtsorganisation *Digitale Gesellschaft* schließt aus den Formulierungen, dass auch die Einführung einer zeitlich nicht näher befristeten, verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung geplant ist. Diese sei ein „schwerwiegender Eingriff in die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte“ und bedürfe zumindest einer klaren rechtlichen Grundlage. Nach „Gutdünken der Überwachungsbehörden“ würden „Befugnisse erweitert und Grundrechte beschnitten“ (Quelle: Heise).

31. Juli 2011: Auch SPD-Chef Sigmar Gabriel fordert nach den Terroranschlägen von Norwegen die schärfere Überwachung des Internet (Quelle: Bild am Sonntag, Heise).

August 2011

2. August 2011: Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte Johannes Caspar fordert die Löschung biometrischer Daten bei Facebook. Er bezeichnet die Funktion als einen „schweren Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen“ (Quelle: Heise).

3. August 2011: Nach Ansicht des Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar haben sich Befürchtungen bestätigt, dass die einheitliche Steueridentifikationsnummer als personenbezogenes Merkmal zunehmend in anderen Bereichen verwendet wird. Sie drohe ein allgemeines Personenkennzeichen zu werden, so Schaar. Gegen ein solches Kennzeichen bestehen verfassungsrechtliche Bedenken; bisherige Klagen wurden aber vom Finanzgericht Köln zunächst abgewiesen (Quelle: Heise).

3. August 2011: Industrieanlagen-Steuerungen sind unter Umständen ungeschützt im Netz erreichbar. Es sei gelungen, über Google die ungeschützte Steueroberfläche des Transformators in einem britischen Umspannwerk zu finden. Die Steuerung war nicht durch Passwort geschützt und hätte übernommen werden können, um beispielsweise einen Stromausfall auszulösen (Quelle: Heise).

7. August 2011: In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Spiegel* hat Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) die Anonymität im Internet in Frage gestellt. Er fordert, dass Blogger wie *Fjordman* – auf den sich der norwegische Attentäter Anders Behring Breivik bezieht – ihre wahre Identität offenbaren sollten. Sebastian Nerz, Vorsitzender der Piratenpartei, warf Friedrich darauf vor, einen der „Grundpfeiler unserer Demokratie“ anzugreifen. Dieter Wiefelspütz (SPD) wertete die Aussagen als „Ausdruck von Hilflosigkeit“ (Quelle: Spiegel, Heise, Kölner Stadt-Anzeiger).

8. August 2011: Der *Blackberry*-Hersteller *RIM* hat angekündigt, im Zusammenhang mit den Ausschreitungen in England die Behörden zu unterstützen. Mögliche Unterstützung ist das Entschlüsseln von Kurznachrichten. Der Hersteller bewirbt den *Blackberry* als besonders sicher, hat aber bereits in der Vergangenheit Daten an Behörden übergeben. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hatte bereits 2005 wegen Datenschutzbedenken eine Warnung veröffentlicht (Quelle: netzpolitik.org).

*erschienen in der FfF-Kommunikation,
herausgegeben von FfF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de*